

# **Der Ukrainekrieg und die Rohstoffe: Warum wir jetzt erst recht ein wirksames EU-Lieferkettengesetz brauchen**

Briefing der Initiative Lieferkettengesetz – Juni 2022

## **Zusammenfassung**

Der russische Angriffskrieg führt in der Ukraine zu schwersten Menschenrechtsverletzungen. Indirekt gefährdet er weit über die Ukraine hinaus Menschenrechte und die Umwelt, nicht zuletzt in globalen Rohstofflieferketten. Denn die europäische und besonders die deutsche Wirtschaft sind von den Energierohstoffen Erdgas, Erdöl und Steinkohle sowie von Metallen wie Kupfer, Eisenerz oder Nickel aus Russland hochgradig abhängig. Infolge des Krieges suchen Unternehmen und Regierungen jetzt fieberhaft nach alternativen Rohstoffquellen, um sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen. Dies gilt besonders für Kohle und Erdöl, auf deren Import die EU ein Embargo verhängt hat, aber auch für metallische Rohstoffe.

Eine Abkehr von russischen Rohstoffimporten ist dringend geboten, damit diese nicht länger zur Finanzierung des Krieges beitragen. Das Problem ist jedoch: Bei der Suche nach Alternativen fällt das Augenmerk von Regierungen und Unternehmen auch auf Hotspots von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung, teilweise in fragilen Ökosystemen. Um zu verhindern, dass europäische Unternehmen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung jetzt in andere Weltregionen exportieren, sind verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen umso dringlicher. Ein wirksames EU-Lieferkettengesetz kann Mensch und Umwelt in den globalen Geschäften europäischer Unternehmen langfristig schützen. Längst überfällig sind darüber hinaus politische Vorgaben, die den Rohstoffverbrauch absolut senken und Kreislaufwirtschaft mittelfristig zur Norm erheben.

## Deutsche Abhängigkeit von russischen Rohstoffen<sup>1</sup>

Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine dauerte es nur wenige Tage, da standen bei deutschen Autoherstellern viele Bänder still. Der Grund: Zwei ukrainische Fabriken des Nürnberger Autozulieferers Leni mussten schließen. Kurz darauf fehlten bei VW, BMW und Porsche die Kabelbäume, sozusagen das zentrale Nervensystem der Fahrzeuge. Auch das Asow-Stahlwerk in Mariupol fällt seither als Lieferant aus. Noch mehr Kopfzerbrechen als die Lieferausfälle aus der Ukraine bereitet der deutschen Industrie die Abhängigkeit von metallischen und Energierohstoffen aus Russland.

Die deutsche Abhängigkeit von Russland betrifft nicht nur Erdöl, Erdgas und Steinkohle, sondern auch viele Metalle: Laut der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) importierte Deutschland 2020 Metalle im Wert von 2,8 Mrd. Euro aus der Russischen Föderation.<sup>2</sup> Wertmäßig rangierten Palladium mit 608 Mio. und Kupfer mit 595 Mio. Euro ganz oben. Noch abhängiger ist Deutschland bei anderen Rohstoffen: 2020 importierte Deutschland Raffinadenickel zu 44, Titan zu 41 und Eisenerzeugnisse zu 35 Prozent aus der Russischen Föderation. Bislang sind diese Metalle von Sanktionen nicht betroffen. Ob das so bleibt, ist aber ungewiss. Viele Unternehmen wollen an bestehenden Lieferverträgen zwar festhalten, aber möglichst keine neuen abschließen.

Anders sieht es bei Erdöl und Steinkohle aus. Nach langem Ringen einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU am 31. Mai auf ein Teilembargo auf russisches Erdöl. Importe von russischem Rohöl werden demnach innerhalb von sechs Monaten gestoppt. Für raffinierte Produkte wie Diesel und Benzin gilt eine Übergangsfrist von acht Monaten. Überdies gilt das Embargo nur für Tankschiffe, nicht für die Druschba-Pipeline, so dass Ungarn, die Slowakei und Tschechien faktisch ausgenommen sind.

Auf Steinkohle hatte die EU nach Bekanntwerden der Gräueltaten in Butscha bereits am 7. April ein Embargo verhängt. Russische Steinkohleimporte, die im letzten Jahr 56 Prozent des deutschen Bedarfs gedeckt hatten, müssen daher bis Mitte August eingestellt werden. Alexander Bethe, Vorstandsvorsitzender des deutschen Vereins der Kohleimporteure, hält dies für verkraftbar: „Steinkohleimporte aus Russland können in wenigen Monaten vollständig durch andere Länder ersetzt werden. Insbesondere aus den USA, Kolumbien und Südafrika.“ Aus Kolumbien – 2016 noch zweitwichtigster Lieferant – hatte Deutschland zuletzt nur noch fünf Prozent, aus Südafrika gar keine Steinkohle mehr bezogen.

---

<sup>1</sup> Das Briefing ist eine Aktualisierung und Ausarbeitung des Beitrags desselben Autors: „Gefährliche Abhängigkeit: Der Krieg und die Rohstoffe“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai 2022:

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/mai/gefahrlige-abhaengigkeit-der-krieg-und-die-rohstoffe>

<sup>2</sup> Deutsche Rohstoffagentur (DERA) (2022): Chart des Monats, Februar 2022: [ansicht-cdm-25-02-22 \(deutsche-rohstoffagentur.de\)](https://www.dera.de/ansicht-cdm-25-02-22)

## Beispiel Kohle: Indigene in Kolumbien als Leidtragende der Sanktionen gegen Putin

In der aktuellen Lage ist die Kehrtwende ethisch durchaus geboten. Insofern ist es zunächst eine gute Nachricht, dass die deutsche Abhängigkeit von russischer Steinkohle laut Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK) von Jahresbeginn 2022 bis Ende April von 50 auf acht Prozent gesunken ist.<sup>3</sup> Ebenso geboten ist es jedoch, die anderenorts drohenden hochproblematischen Nebeneffekte der gestiegenen Nachfrage aus Deutschland nicht zu ignorieren, sondern zu begrenzen. Denn seit langem sind gravierende Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen im Kohlesektor sowohl in Kolumbien als auch Südafrika bekannt.<sup>4</sup>

In Kolumbien verdrängt der größte Steinkohletagebau Lateinamerikas *El Cerrejón* – wichtiger Zulieferer von STEAG und EnBW – seit Jahren die umliegenden indigenen Gemeinden der *Wayúú* und gräbt ihnen buchstäblich das Wasser ab.<sup>5</sup> Sprengungen setzen große Mengen an Feinstaub frei und verursachen schwere Atemwegserkrankungen, besonders unter Kindern und älteren Menschen. Zwangsumsiedlungen sowie Mordanschläge auf Indigene und Gewerkschafter\*innen sind im Umfeld von Kohleminen in Kolumbien keine Seltenheit. Mehrfach hat das kolumbianische Verfassungsgericht festgestellt, dass die Menschenrechte auf Nahrung, Wasser, Gesundheit und angemessene Beteiligung von indigenen und afrokolombianischen Gemeinden im Zuge des Kohleabbaus in *El Cerrejón* missachtet wurden und Maßnahmen zu deren Schutz angeordnet.<sup>6</sup>

Mangels Nachfrage und aufgrund niedriger Weltmarktpreise haben sich in den letzten Jahren mehrere Unternehmen aus dem kolumbianischen Kohlegeschäft zurückgezogen oder ihre Aktivitäten deutlich reduziert. So verkauften *BHP Billiton* 2021 sowie *Anglo American* 2022 ihre Anteile an *Cerrejón* an den Schweizer Bergbaukonzern *Glencore*, damals dritter und nunmehr einziger Eigentümer der Mine. Bereits 2020 hatte das in der Provinz Cesar operierende Unternehmen *Prodeco*, ebenfalls ein Tochterunternehmen von *Glencore*, mangels Rentabilität seine Aktivitäten in der Mine *Calenturitas* ausgesetzt und 2021 Bergbaukonzessionen an die nationale Bergbaubehörde ANM zurückgegeben.

---

<sup>3</sup> BMWK: Zweiter Fortschrittsbericht Energiesicherheit, 1.5.2022, S. 5: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/0501\\_fortschrittsbericht\\_energiesicherheit.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/0501_fortschrittsbericht_energiesicherheit.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

<sup>4</sup> Vgl. Melanie Müller und Armin Paasch (2016): Wenn nur die Kohle zählt – Deutsche Mitverantwortung für Menschenrechte im südafrikanischen Kohlesektor: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-wenn-nur-die-kohle-zaehlt.pdf>.

<sup>5</sup> Marie-Kristin Boese: Nach dem Embargo gegen Russland: Kolumbiens Kohle als Alternative, Tagesschau, 6.5.2022: [Nach Embargo gegen Russland: Kolumbiens Kohle als Alternative | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/ausland/kolumbien-kohle-embargo-101.html)

<sup>6</sup> Anwaltskollektiv CAJAR: Menschenrechtsverletzungen durch den Kohleabbau in El Cerrejón, Hrsg. MISEREOR, Juni 2019: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/bericht-la-guajira-cajar.pdf>

Wurden in Kolumbien 2012 noch 89 Millionen Tonnen Steinkohle abgebaut, so waren es 2020 nur noch knapp 50 Millionen Tonnen – der niedrigste Stand seit 20 Jahren.<sup>7</sup>

Steigende Weltmarktpreise und der Ukrainekrieg könnten dem kolumbianischen Kohlebergbau jetzt schlagartig eine regelrechte Bonanza bescheren, weil mehrere Länder ihre russischen unter anderem durch kolumbianische Kohleimporte ersetzen wollen. Bereits im März 2022 kauften deutsche Unternehmen nach Angaben des Redaktionsnetzwerks Deutschland 1,3 Millionen Tonnen Steinkohle in Kolumbien ein, 47,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.<sup>8</sup> Signalwirkung hatte zudem das Telefongespräch am 6. April zwischen Bundeskanzler Scholz und dem kolumbianischen Staatspräsidenten Iván Duque über die Möglichkeiten zusätzlicher Kohlelieferungen, einen Tag vor dem EU-Beschluss über ein Kohleembargo gegen die Russische Föderation. Begeistert erklärte Duque daraufhin gegenüber der CNN: „Kolumbien kann heute unverzüglich den Kohleabbau steigern. Wir haben eine der größten Kohlereserven der Welt und nutzen sie für die Energiegewinnung nicht.“<sup>9</sup>

Den Worten folgten alsbald Taten: Noch am selben Tag des Telefonats beider Regierungschefs gaben kolumbianische Behörden grünes Licht für die Umleitung des Flusses Bruno durch *Cerrejón*, welche das Verfassungsgericht 2017 suspendiert hatte.<sup>10</sup> Die Anrainergemeinden *Gran Parada* und *Paradero* der indigenen *Wayúú* hatten mithilfe der MISEREOR-Partnerorganisation CAJAR Beschwerde eingelegt, weil die Flussumleitung den tropischen Trockenwald und ihre Wasserversorgung gefährdet. Das Verfassungsgericht ordnete daraufhin an, die Klärgemeinden angemessen zu konsultieren und eine umfassende Folgenabschätzung durchzuführen. Laut CAJAR hat eine angemessene Beteiligung der Betroffenen seither nicht stattgefunden. Auch die vorgelegte Folgenabschätzung stütze sich weitgehend auf Analysen und Empfehlungen von *Cerrejón*. Nach der Entscheidung vom 6. April drohen nun eine Fortsetzung der Umleitung sowie Sprengungen von Teilbereichen des Flusses zur Ausweitung des Kohleabbaus. Äußerst beunruhigend ist zudem, dass bewaffnete Männer in den folgenden Tagen wiederholt den Sohn und die Mutter des indigenen Bergbauegners Misael Socarras in *Gran Parada* aufsuchten und einschüchterten.

Folgenswer ist auch die Entscheidung der ANM von Ende April, die Kohleabbaukonzessionen für die Minen *Calenturias* und *La Jagua* in der Provinz Cesar

---

<sup>7</sup> Pensamiento y Acción Social (PAS) und Natural Resource Institute: Cuaderno N°1. Descarbonización, gobernanza de los cierres mineros y transformación del sector minero-energético en el Cesary La Guajira, Colombia, November 2021: <https://www.pas.org.co/articulo-descarbonizacion-gobernanza>

<sup>8</sup> Simon Cleven: Warum das Embargo gegen russische Kohle in Lateinamerika Menschenleben bedroht, RND, 2.5.2022: [Kolumbien: Kohle-Embargo gegen Russland bedroht Menschenleben \(rnd.de\)](https://www.rnd.de/Kolumbien-Kohle-Embargo-gegen-Russland-bedroht-Menschenleben)

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Infobae: Gobierno nacional avala la destrucción del arroyo Bruno, según comunidades de La Guajira, 7.4.2022: [Gobierno nacional avala la destrucción del arroyo Bruno, según comunidades de La Guajira - Infobae](https://www.infobae.com/2022/04/07/gobierno-nacional-avala-la-destruccion-del-arroyo-bruno-segun-comunidades-de-la-guajira/), sowie: Anwaltskollektiv CAJAR: Menschenrechtsverletzungen durch den Kohleabbau in El Cerrejón, Hrsg. MISEREOR, Juni 2019, S. 3-6: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/bericht-la-guajira-cajar.pdf>.

wieder auszuschreiben, die *Prodeco* im Vorjahr zurückgegeben hatte.<sup>11</sup> Schätzungsweise 15 Millionen Tonnen Steinkohle könnten dort abgebaut werden. Minen, in denen alle Aktivitäten eingestellt worden waren, werden damit womöglich noch weitere 20 Jahre Kohlekraftwerke beliefern und das Klima anheizen. Der kolumbianische Energieminister Diego Mesa brachte diese Entscheidung mit der gestiegenen Nachfrage aus Europa infolge des Ukrainekriegs in Zusammenhang.

Problematisch ist die Situation nicht nur in Kolumbien, sondern auch in anderen potenziellen Lieferländern für Steinkohle. So verseucht dieser in den südafrikanischen Provinzen Mpumalanga und Limpopo durch saure Grubenwässer Flüsse und Grundwasser, zerstört landwirtschaftliche Anbauflächen und verursacht durch Feinstaub massenhaft Staublunge, Herzerkrankungen und Krebs.<sup>12</sup> Bei seiner Afrika-Reise Ende Mai warb Bundeskanzler Scholz gegenüber dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa einerseits für sein Vorhaben eines „Klimaclubs“.<sup>13</sup> Andererseits erklärte er bei einer Pressekonferenz, mehr Kohle aus Südafrika importieren zu wollen. Ein Widerspruch, finden südafrikanische Partnerorganisationen von Misereor. Die erhöhte Nachfrage aus Deutschland und der EU entfachte einen neuen Kohle-Boom, der eine Energiewende in Südafrika deutlich erschwere. Das Signal ist fatal: Klimaschutz ja. Es sei denn, der deutsche Wohlstand ist gefährdet.

## Beispiel Erdöl: Umwelt und Menschenrechte kommen in Ostafrika unter die Räder

Mit einem Anteil von knapp 34 Prozent am Primärenergieverbrauch ist Erdöl in Deutschland immer noch der weitaus wichtigste Energieträger.<sup>14</sup> Von den 98 Millionen Tonnen, die 2021 in Deutschland verbraucht wurden, entfiel das Gros auf den Verkehrssektor, insbesondere als Dieselkraftstoff, Ottokraftstoff und Rohbenzin. Lediglich der Verbrauch von Heizöl ist seit Mitte der 1990er Jahre deutlich gesunken.<sup>15</sup> Weltweit ist Deutschland damit der zehntgrößte Verbraucher von Erdöl, deckt aber nur zwei Prozent des Bedarfs aus eigenen Ölfeldern.<sup>16</sup>

---

<sup>11</sup> Semana: Inicia proceso para buscarle nuevos dueños a minas de carbón de Prodeco en Cesar, 29.4.2022: [Inicia proceso para buscarle nuevos dueños a minas de carbón de Prodeco en Cesar \(semana.com\)](https://www.semana.com)

<sup>12</sup> Vgl. Melanie Müller und Armin Paasch (2016): Wenn nur die Kohle zählt – Deutsche Mitverantwortung für Menschenrechte im südafrikanischen Kohlektor: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-wenn-nur-die-kohle-zaehlt.pdf>.

<sup>13</sup> Süddeutsche Zeitung: Afrika-Reise. Absage an Scholz, 24.5.2022: <https://www.sueddeutsche.de/politik/scholz-suedafrika-ramaphosa-absage-1.5591367>

<sup>14</sup> Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR): BGR Energiestudie 2021: Daten und Entwicklungen der deutschen und globalen Energieversorgung, Februar 2022, S. 19: [https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/energiestudie\\_2021.pdf?blob=publicationFile&v=4](https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/energiestudie_2021.pdf?blob=publicationFile&v=4)

<sup>15</sup> Greenpeace: Öl-Embargo statt Kriegsfinanzierung: Warum Deutschland sofort auf Öl aus Russland verzichten kann – Argumente und Fakten, 20.4.2022, S. 15.: [https://www.greenpeace.de/publikationen/Oelem-bargo\\_statt\\_Kriegsfinanzierung.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Oelem-bargo_statt_Kriegsfinanzierung.pdf)

<sup>16</sup> BGR, ebenda, S. 78.

Nach Angaben des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) war die Russische Föderation 2021 mit einem Anteil von 34 Prozent der mit Abstand wichtigste Erdöllieferant für Deutschland.<sup>17</sup> Laut Greenpeace gab Deutschland im Januar 2022 mithin täglich etwa 48 Millionen Euro allein für russische Rohölimporte aus, im März 2022 wegen der gestiegenen Preise schätzungsweise sogar 55 bis 65 Millionen.<sup>18</sup> Ein nicht unwesentlicher Teil davon fließt in die russische Staats- und damit auch Kriegskasse. Insgesamt sind Erdölexporte die wichtigste Einnahmequelle für den russischen Staat. Forderungen nach einem Ölembargo sind vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine also mehr als berechtigt und der entsprechende Vorschlag der EU-Kommission zu begrüßen.

Ähnlich wie bei der Steinkohle stellt sich aber auch beim Erdöl die Frage nach dem Schutz von Umwelt und Menschenrechten in den alternativen Herkunftsländern, die jetzt russisches Erdöl ersetzen sollen. Nach Russland gehörten 2021 die USA mit 12 Prozent, Kasachstan und Norwegen mit je zehn Prozent sowie das Vereinigte Königreich mit neun Prozent zu den wichtigsten Erdöllieferanten Deutschlands. Den größten Anteil an den weltweiten Erdölexporten haben ferner Saudi-Arabien mit 17 sowie die Staaten Westafrikas mit zehn Prozent, allen voran Nigeria. Über große Potenziale verfügen weitere Länder im Nahen Osten und Nordafrika, insbesondere Irak, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Katar und Algerien, aber auch lateinamerikanische Staaten wie Venezuela, Brasilien, Mexiko und Kolumbien.<sup>19</sup>

Bereits vor dem Embargobeschluss hatte in Deutschland „die Mineralwirtschaft im engen Austausch mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klima Schritte eingeleitet, die Lieferbeziehungen mit Russland zu beenden“, wie das BMWK im Fortschrittsbericht Energiesicherheit vom 1. Mai erklärte.<sup>20</sup> „Die Mineralölunternehmen (außer Rosneft) sind nun in der Lage, mit einem gewissen Vorlauf, ihre Bedarfe zu 100 Prozent ohne russisches Rohöl abzudecken.“ Aus welchen Ländern der Ersatz für russisches Erdöl kommen soll, gibt das BMWK nicht an. Klar ist jedoch, dass mehrere der möglichen Herkunftsländer wie Nigeria, Kasachstan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate für schwere Menschenrechtsverletzungen und Umweltkatastrophen berüchtigt sind. Ökologisch problematisch sind auch Importe aus den USA, wo Erdöl inzwischen zu zwei Dritteln durch Fracking aus Schieferöl gewonnen wird.<sup>21</sup>

Für internationales Aufsehen sorgte in den letzten Jahrzehnten immer wieder Nigeria, wo im Zuge der Erdölbohrungen von Shell das Nigerdelta verseucht und die Menschenrechte der dort lebenden *Ogoni*-Bevölkerung vielfach verletzt wurden. Am 29. Januar 2021 verurteilte ein niederländisches Berufungsgericht Shell und sein nigerianisches

---

<sup>17</sup> Zit. In EWI: Deutsche und europäische Energieimporte. Kurzanalyse der deutschen und europäischen Importstruktur sowie Substituierungsmöglichkeiten, S. 7: [https://www.ewi.uni-koeln.de/cms/wp-content/uploads/2022/03/20220325\\_KurzanalyseEnergieimporte.pdf](https://www.ewi.uni-koeln.de/cms/wp-content/uploads/2022/03/20220325_KurzanalyseEnergieimporte.pdf)

<sup>18</sup> Greenpeace, ebenda, S. 9.

<sup>19</sup> EWI, ebenda, S. 7f. sowie BGR. Ebenda, S. 79.

<sup>20</sup> BMWK, ebenda, S. 4.

<sup>21</sup> BGR, ebenda, S. 38.

Tochterunternehmen wegen drei Pipeline-Lecks, die Fischereigründe und landwirtschaftliche Flächen verseucht hatten. Vier nigerianischen Landwirten, die bereits 2009 Klage eingereicht hatten, muss Shell nun Schadensersatz zahlen.<sup>22</sup> Das Urteil ist einerseits bahnbrechend, weil auch der niederländische Mutterkonzern wegen Missachtung seiner Sorgfaltspflichten schuldig gesprochen wurde. Andererseits verdeutlicht der Fall, wie langwierig solche Verfahren sind und mit welchen enormen Hürden die Geschädigten in solchen Verfahren konfrontiert sind. Unzählige andere Betroffene erhalten zudem keine Entschädigung.

Ein weiterer wichtiger Mineralölversorger für Europa und Deutschland ist *TotalEnergies*. Bereits am 22. März 2022 verkündete der französische Konzern in einer Pressemitteilung die Entscheidung, „keine Verträge über den Kauf von russischen Erdölprodukten mehr abzuschließen oder zu verlängern, um schnellstmöglich und bis spätestens Ende 2022 jeden Kauf von russischen Erdölprodukten einzustellen.“ Dies geschehe „in Anbetracht der sich verschlechternden Lage in der Ukraine und des Vorhandenseins alternativer Quellen“.<sup>23</sup> In der Tat fördert und/oder bezieht der Energieriese Erdöl aus zahlreichen Ländern, darunter Irak, Nigeria, Mexiko und Kolumbien.<sup>24</sup>

Aktuell besonders umstritten ist das *Tilenga*-Projekt, über das Total in Uganda in großem Stil Öl fördern will – mitten in einem hochsensiblen Ökosystem, zum Teil sogar in einem Nationalpark.<sup>25</sup> Dabei handelt es sich um die größten Vorkommen auf dem Festland von Subsahara-Afrika, die 2006 in Uganda am Ufer des Albertsees entdeckt wurden. Eine in Bau befindliche Mega-Pipeline, die *East African Crude Oil Pipeline* (EACOP), soll das Öl 1.400 km weit zur Hafenstadt Tanga in Tansania transportieren. Auch für die Pipeline ist Total verantwortlich, diesmal über seine Tochtergesellschaft *Total East Africa Midstream* (TEAM).

Von *Tilenga* und EACOP sind nach Angaben von Total etwa 100.000 Menschen betroffen. Lokale Gemeinschaften müssen umgesiedelt werden und warten auf eine angemessene Entschädigung. Im Falle von Ölverschmutzungen, wie sie in Nigeria und andernorts häufig auftreten, wären die Rechte auf Wasser und Gesundheit von Millionen Menschen bedroht. Erdölbohrungen rund um den Albertsee und Pipelines gefährden darüber hinaus die unersetzliche biologische Vielfalt sowie den Lebensraum von Wildtieren wie Schimpansen, Nilpferden und Krokodilen. In Tansania würde die EACOP-Pipeline Feuchtgebiete durchqueren und riesige Elefantenlebensräume zerstückeln. Auch das Einzugsgebiet des Viktoriasees wäre betroffen, das größte Süßwasserreservoir der ganzen Region, und das inmitten der fortschreitenden Klimakrise. Verschärft würde die Klimakrise durch

---

<sup>22</sup> Nadia Bernaz (20219): Wading through the (polluted) mud: the Hague Court of Appeals rules on Shell in Nigeria, 2.2.2021: <https://rightsasusual.com/?p=1388>

<sup>23</sup> TotalEnergies: Pressemitteilung vom 22.3.2022: <https://corporate.totalenergies.de/de/news/russland-to-totalenergies-stellt-seine-handlungsprinzipien-vor-totalenergies-beendet-den-kauf-von>

<sup>24</sup> TotalEnergies (2022): Universal Registration Document 2021, S. 572-573: [https://totalenergies.com/system/files/documents/2022-03/DEU\\_21\\_VA.pdf](https://totalenergies.com/system/files/documents/2022-03/DEU_21_VA.pdf)

<sup>25</sup> Initiative Lieferkettengesetz (2022), BUND und Misereor: Ölbohrungen im Nationalpark: Wie der Konzern Total in Ostafrika Natur, Klima und Menschenrechte bedroht: <https://lieferkettengesetz.de/fallbeispiel/olbohrungen-im-nationalpark/>

den gewaltigen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck beider Projekte, der auf jährlich 32 Millionen Tonnen geschätzt wird. Dieser überträfe die gesamten jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen von Uganda und Tansania zusammengenommen.

## Zwischen Pest und Cholera: Alternativen für metallische Rohstoffe

Auch bei der Alternativensuche für metallische Rohstoffe stehen Unternehmen vielfach vor der Wahl zwischen Pest und Cholera. Um russische Nickelimporte zu ersetzen, fällt ihr Augenmerk zwangsläufig auf Indonesien und die Philippinen, wo sich fast die Hälfte der weltweiten Nickelproduktion konzentriert. Aktuell plant VW bereits mit den chinesischen Unternehmen *Tsingshan Group* und *Huayou Cobalt* ein Gemeinschaftsunternehmen, um in Indonesien Laterit-Nickelerz zu verarbeiten.<sup>26</sup> Ein gefährliches Terrain, denn Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen sind beim Abbau und der Weiterverarbeitung von Nickel in Indonesien weithin bekannt.<sup>27</sup> Ähnliches gilt für die Philippinen: Zwischen 2016 und 2020 wurden dort unter dem martialischen Präsidenten Rodrigo Duterte laut *Global Witness* 166 Landrechts- und Umweltverteidiger\*innen ermordet, deutlich mehr als in jedem anderen Land der Erde.<sup>28</sup> Die meisten von ihnen hatten sich gegen Bergbau, Holzeinschlag oder Staudämme gewehrt. Mit dem neu gewählten Präsidenten Ferdinand Marcos Junior, Sohn des langjährigen Diktators Ferdinand Marcos, ist eine Fortsetzung der Repression sehr wahrscheinlich.

Nicht besser sieht es beim Eisenerzabbau in Brasilien aus, den der VALE-Konzern dominiert, ein Schlüssellieferant für Thyssenkrupp und damit die gesamte deutsche Industrie. Mit den verheerenden Dammbrüchen der Eisenerzminen 2015 in Mariana (19 Tote) und 2019 in Brumadinho (272 Tote), die zu den größten wirtschaftsbezogenen Menschenrechts- und Umweltverbrechen der letzten Jahrzehnte weltweit gehören, hat der Bergbaugigant traurige Geschichte geschrieben.<sup>29</sup> Viele weitere Dämme gelten als höchst gefährdet.<sup>30</sup> Auch beim Kupferabbau in Peru und Chile, Platinabbau in Südafrika und Bauxitabbau in Guinea – allesamt strategische Zulieferer der deutschen Automobilindustrie – sind schwere Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen umfassend

---

<sup>26</sup> Handelsblatt: „Ausfall Russlands ist die größte Sorge für die Batterie-Lieferkette“ – Nickel gefährdet den Elektro-Boom, 22.3.2022: [Ukraine-Krieg sorgt für Nickel-Engpass für Elektroautos \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com/technik/elektroautos/ukraine-krieg-sorgt-fuer-nickel-engpass-fuer-elektroautos-11488888.html)

<sup>27</sup> Arianto Sangadji (2019): Road Challenging the Sustainability of Nickel-based Production for Electric Vehicle Batteries: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/engl/Nickel\\_Study\\_FINAL.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/engl/Nickel_Study_FINAL.pdf)

<sup>28</sup> Global Witness (2021): Last line of defense. The industries causing the climate crisis and attacks against land and environmental defenders, September 2021: <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/last-line-defence/>

<sup>29</sup> Initiative Lieferkettengesetz und Misereor (2022): Das Geschäft mit der Sicherheit. TÜV Süd und der Dammbruch von Brumadinho: <https://lieferkettengesetz.de/fallbeispiel/das-geschäft-mit-der-sicherheit/>

<sup>30</sup> Constantin Bittner und Leticia Soares Peixoto Aleixo (2022): Brumadinho: Weitere Dämme drohen zu brechen, MISEREOR-Blog, 27.1.2022: [Brumadinho: weitere Dämme drohen zu brechen - MISEREOR-BLOG](https://www.misereor.de/blog/brumadinho-weitere-daem-me-drohen-zu-brechen-misereor-blog)

dokumentiert.<sup>31</sup> Und in vielen dieser problematischen Abbauregionen steigt durch den Ukrainekrieg der Druck, noch mehr Rohstoffe abzubauen, und damit das Risiko für die Umwelt und die Menschenrechte der dortigen Bevölkerung.

## EU-Lieferkettengesetz jetzt dringlicher denn je

Heikel ist auch das Vorhaben von Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck, zur Sicherung von Flüssiggas für die deutsche Wirtschaft eine Energiepartnerschaft mit dem Emirat Katar abzuschließen, das für Menschenrechtsverletzungen u.a. gegenüber Arbeitsmigrant\*innen berüchtigt ist.<sup>32</sup> Zur Rechtfertigung verweist er auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, wonach deutsche Unternehmen auch bei Geschäftspartnern im Ausland die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards sicherstellen müssen.

Das Argument greift aber deutlich zu kurz. Nicht zuletzt die Grünen hatten die Verwässerung des Gesetzes durch Habecks Amtsvorgänger Peter Altmaier angeprangert.<sup>33</sup> Zurecht, denn bei mittelbaren Zulieferern – also besonders im Rohstoffsektor – müssen deutsche Unternehmen paradoxerweise nur dann Risiken untersuchen, wenn sie darüber bereits zuvor „substantiierte Kenntnis“ haben. Eine solche Kenntnis der Unternehmen kann zwar in vielen, aber längst nicht in allen Fällen belegt werden. Überdies begründen Verstöße deutscher Unternehmen gegen die Sorgfaltspflichten laut Gesetz explizit keine zivilrechtliche Haftung für die entstandenen Schäden. Auch Umweltstandards berücksichtigt das Gesetz nur punktuell. Abzuwarten bleibt auch, wie effektiv die zuständige Behörde BAFA ab Inkrafttreten des Gesetzes am 1.1.2023 die Einhaltung von Sorgfaltspflichten großer deutscher Unternehmen überprüfen und Verstöße sanktionieren wird. Besorgniserregend ist, dass nach Informationen der Initiative Lieferkettengesetz im Bundeshaushalt für 2022 die Schaffung von lediglich 57 Stellen dafür vorgesehen ist, wohingegen der Behördenleiter Torsten Safarik 143 Stellen für erforderlich hält.

Abhilfe könnte ein wirksames EU-Lieferkettengesetz schaffen, das die Wirtschaft europaweit in die Pflicht nimmt und die Bundesregierung zur Nachbesserung des deutschen Gesetzes verpflichtet. Just am Tag vor der russischen Invasion hat die Europäische Kom-

---

<sup>31</sup> Brot für die Welt, MISEREOR und PowerShift (2021): Weniger Autos, mehr globale Gerechtigkeit. Warum wir die Mobilitäts- und Rohstoffwende zusammendenken müssen: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/Studie-Weniger-Autos-mehr-globale-Gerechtigkeit.pdf>

<sup>32</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung: Neue deutsche Energiepolitik. Ein Signal auch an Putin, 20.3.2022: [Deutschland vereinbart Energiepartnerschaft mit Katar: Signal an Putin \(faz.net\)](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energie/land-vereinbart-energiepartnerschaft-mit-katar-signal-an-putin-16377700.html)

<sup>33</sup> Vgl. zur Analyse des Gesetzes: Initiative Lieferkettengesetz (2021): Fragen und Antworten zum neuen Lieferkettengesetz, Oktober 2021: [https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2021/11/Initiative-Lieferkettengesetz\\_FAQ-Deutsch.pdf](https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2021/11/Initiative-Lieferkettengesetz_FAQ-Deutsch.pdf), sowie Armin Paasch (2021): Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz: Hintergründe, Bewertung und Perspektiven, in: Zeitschrift für Menschenrechte, 2021/2: S. 176-195: <https://www.zeitschriftfuermenschenrechte.de/en/blog/lieferkettensorgfaltspflichtengesetz>

mission am 23. Februar ihren Vorschlag für eine Richtlinie zur unternehmerischen Sorgfalt im Bereich der Nachhaltigkeit vorgelegt.<sup>34</sup> Positiv ist, dass Sorgfaltspflichten demnach nicht nur die Menschenrechte, sondern auch Umwelt und Klima umfassen. Neben behördlichen Sanktionen schlägt die Kommission außerdem eine zivilrechtliche Haftung für Schäden vor, wenn Unternehmen diese durch Missachtung der Sorgfaltspflichten mitverursacht haben. Die EU-Gesetzgebung soll nicht erst auf Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitenden Anwendung finden – wie im deutschen Gesetz vorgesehen –, sondern ab 500 Mitarbeitenden, in bestimmten Hochrisikosektoren bereits ab 250. Allerdings wären damit immer noch weniger als ein Prozent der Unternehmen in der EU erfasst.

Der Kommissionsvorschlag enthält auch weitere problematische Schlupflöcher. So sollen Sorgfaltspflichten prinzipiell zwar für die gesamte Wertschöpfungskette gelten, allerdings begrenzt auf so genannte „etablierte Geschäftsbeziehungen“, die auf Dauer angelegt sind. Kurzfristige Geschäfte, beispielsweise an Spotmärkten, die Mensch und Umwelt ebenfalls schaden können, würden damit ausgeklammert. Grundsätzlich positiv ist die vorgesehene Verpflichtung von Unternehmen, ihre Geschäftspartner über Vertragsklauseln ebenfalls zur menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfalt zu verpflichten. Es fehlen aber Vorgaben zur Anpassung der Einkaufspolitik, um dazu finanzielle Spielräume zu schaffen, so dass die Gefahr besteht, dass Risiken und Kosten schlicht auf Geschäftspartner abgewälzt werden. Mit Blick auf die zivilrechtliche Haftungsregel fehlt eine Vorgabe an die EU-Mitgliedstaaten zur Beweislastumkehr oder zumindest Beweislasteichterung für die Geschädigten. Unbefriedigend ist auch, dass Unternehmen zwar Klimapläne veröffentlichen müssen, die mit dem 1,5 Grad-Limit aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sind, zur Umsetzung dieser Pläne aber nicht explizit verpflichtet werden.

## Ukrainekrieg als Vorwand gegen Menschenrechte und Umweltschutz

Während das zivilgesellschaftliche Bündnis „Initiative Lieferkettengesetz“ und viele Abgeordnete des Europäischen Parlaments daher Nachbesserungen fordern, laufen Wirtschaftsverbände Sturm und konnten dafür auch die CDU und CSU mobilisieren.<sup>35</sup> Dafür instrumentalisieren sie ausgerechnet den Ukrainekrieg, der Menschenrechtsrisiken weltweit erhöht. So forderte Manfred Weber (CSU) als Vorsitzender der Europäischen Volkspartei am 10. März Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einem Schreiben auf, die Pläne zu einem EU-Lieferkettengesetz zu vertagen, „bis die Auswirkungen der Krise vollständig bekannt sind“. Und Gitta Connemann (CDU), Vorsitzende der Wirt-

---

<sup>34</sup> Initiative Lieferkettengesetz (2022): Nachhaltige unternehmerische Sorgfaltspflicht: Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission, März 2022: <https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2022/04/Initiative-Lieferkettengesetz-Stellungnahme-zum-Kommissionsentwurf.pdf>

<sup>35</sup> Ebenda.

schafts- und Mittelstandsunion (MIT), kritisierte: „Ausgerechnet jetzt wollen Deutschland und die EU die Lieferketten schärfer kontrollieren, während gleichzeitig in Osteuropa die Panzer rollen“. Lieferengpässe und explodierende Rohstoffpreise infolge des Ukrainekriegs ließen dies angeblich nicht zu.<sup>36</sup>

Doch auch das schwerste rhetorische Geschütz vermag über die fehlende Substanz der Kritik nicht hinwegzutäuschen. Zeigen doch alle seriösen Projektionen – von der Bundesregierung, EU-Kommission, *London School of Economics* (LSE) bis hin zu *Ernst and Young* – dass die Umsetzungskosten für Unternehmen keine relevante Belastung darstellen werden. So schätzte eine Studie der LSE im Auftrag der EU-Kommission die Umsetzungskosten menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten für große Unternehmen auf durchschnittlich 0,005 Prozent ihrer Umsätze und für kleine und mittlere Unternehmen auf 0,07 Prozent.<sup>37</sup> Entlarvend für das versuchte regulatorische Rollback ist auch ein Blick auf die skandalöse „Giftliste“ (Handelsblatt) von 49 EU-Vorhaben, welche die MIT unter dem Vorwand des Ukrainekriegs aufs Abstellgleis schieben will.<sup>38</sup> Dazu gehören neben dem Lieferkettengesetz auch die EU-Initiativen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, Taxonomie, zum CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, zur Luftqualität und globalen Mindestbesteuerung von Konzernen: geradezu alles, was Klima, Umwelt, Menschenrechte und das Gemeinwohl schützen soll.

## Keine Resilienz ohne Nachhaltigkeit – keine Nachhaltigkeit ohne Rohstoffwende

Dabei zeigt gerade der Fall Russland, wie kurzfristiges Profitstreben auch wirtschaftlich in die Sackgasse führt. „Der Handel mit Russland wurde ja gewollt aufgebaut. Alles war billig und unkompliziert“, brachte Jochen Kolb vom Thinktank „Industrielle Ressourcenstrategien“ es gegenüber der Süddeutschen Zeitung auf den Punkt.<sup>39</sup> Über den „Ostausschuss der deutschen Wirtschaft“ waren BDI, DIHK und deutsche Unternehmen dabei seit Jahrzehnten die treibende Kraft. Dabei ließen sie sich im Grundsatz weder von Um-

---

<sup>36</sup> Süddeutsche Zeitung: EU-Richtlinie für Lieferketten: Für Mensch und Natur, 28.3.2022: [EU-Lieferkettengesetz: Für Mensch und Natur - Ihre SZ - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/eu-richtlinie-fuer-lieferketten-fuer-mensch-und-natur-1.5111111)

<sup>37</sup> Europäische Kommission (2020): Study on due diligence requirements through the supply chain. Final Report. Brüssel 2020: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/8ba0a8fd-4c83-11ea-b8b7-01aa75ed71a1/language-en>

<sup>38</sup> MIT (2022): Liste EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher: [20220304 liste\\_eu\\_regulierungen\\_mit\\_belastenden\\_auswirkungen\\_ohne\\_quellen.pdf \(mit-bund.de\)](https://www.mit-bund.de/20220304_liste_eu_regulierungen_mit_belastenden_auswirkungen_ohne_quellen.pdf)

<sup>39</sup> Süddeutsche Zeitung: Rohstoffe aus Russland: Die deutsche Schwachstelle, 26.3.2022: [Wie abhängig die deutsche Industrie von russischen Rohstoffen ist - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/rohstoffe-aus-russland-die-deutsche-schwachstelle-1.5111111)

weltkatastrophen und Verletzungen der Rechte indigener Völker beim Abbau von Nickel<sup>40</sup> und Steinkohle<sup>41</sup> in Sibirien, noch von der immer brutaleren Unterdrückung der Opposition durch Präsident Putin beirren.

Auch geostrategische Warnungen vor der Abhängigkeit von russischem Gas, Erdöl und Kohle wurden offenbar in den Wind geschlagen. So importierte EnBW 2021 laut Geschäftsbericht 3,57 von 4,19 Millionen Tonnen, also über 85 Prozent der Steinkohle aus der Russischen Föderation.<sup>42</sup> Zugleich hat die Wirtschaftslobby nach Kräften die Energiewende ausgebremst und damit nicht nur die Klimakrise verschärft, sondern auch die Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen zementiert, die uns heute auf die Füße fällt. Sollten wir heute also dem Rat derselben Wirtschaftslobby folgen, die jetzt den Ukrainekrieg als Argument gegen den Schutz von Klima, Umwelt und Menschenrechten ins Feld führt?

Ganz im Gegenteil bestätigt sich erneut: Auch für die Wirtschaft gibt es keine Resilienz ohne Nachhaltigkeit. Ein wirksames EU-Lieferkettengesetz würde maßgeblich dazu beitragen, dass Unternehmen frühzeitig Risiken für Menschenrechte und die Umwelt, aber auch für die Versorgungssicherheit erkennen, in Russland wie anderswo. Darüber hinaus gilt aber auch: Nachhaltigkeit gibt es nicht ohne eine grundlegende sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Blick auf die Alternativen zu russischen Rohstoffen macht deutlich, dass Rohstoffe aus ökologisch und menschenrechtlich vertretbarem Abbau ein äußerst knappes Gut sind. Oberstes Gebot der Stunde ist daher eine drastische Senkung des Verbrauchs energetischer wie auch metallischer Rohstoffe. Wirklich nachhaltig sind auch die Mobilitäts- und Energiewende nur dann, wenn sie mit einer Rohstoffwende einhergehen.<sup>43</sup> Gerade eine „Zukunftscoalition“ darf vor diesem Hintergrund keine strikten Vorgaben scheuen, die den Rohstoffverbrauch absolut senken, Recycling verbessern und mittelfristig Kreislaufwirtschaft zur Norm erheben.

---

<sup>40</sup> Dachverband Kritischer Aktionäre: Deutsche Konzerne müssen vom russischen Rohstoffkonzern Nornickel die Achtung indigener Rechte und von Umweltstandards einfordern – oder Geschäfte beenden, 19.7.2021: <https://www.kritischeaktionaeere.de/rohstoffe/das-ruecksichtslose-geschaeftsmodell-von-nornickel-und-die-verantwortung-deutscher-konzerne/>

<sup>41</sup> Pressemitteilung Urgewald, 29.9.2021: [Träger des Alternativen Nobelpreises Vladimir Slivjak: „Commerzbank mitverantwortlich für Hunderte vorzeitige Todesfälle in Russland“ | urgewald e.V.](#)

<sup>42</sup> EnBW: Integrierter Geschäftsbericht 2021, S. 64: <https://www.enbw.com/integrierter-geschaeftsbericht-2021/>

<sup>43</sup> Arbeitskreis Rohstoffe 2021: 12 Argumente für eine Rohstoffwende: [https://ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2021/02/Argumentarium\\_210211\\_final.pdf](https://ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2021/02/Argumentarium_210211_final.pdf)

# Impressum

**Autor:** Armin Paasch (Misereor)

**Redaktion:** Johannes Heeg (Initiative Lieferkettengesetz)

**Herausgeber:** Initiative Lieferkettengesetz, Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

## Die Initiative Lieferkettengesetz wird getragen von:



Mehr als 115 weitere Organisationen unterstützen die Initiative Lieferkettengesetz.